



VP-Riege Geisler, Eisenmann, Köll, Posch (v. li.): Bekenntnis gegen eine gerechte Lösung

AGRARGEMEINSCHAFTEN

Schwarzer Tag

Die 16 Abgeordneten der Tiroler ÖVP sind Abgeordnete der agrarisch Privilegierten und des erwiesenen Unrechts, das Tirol spaltet. Das machten sie am 21. Februar 2013 deutlich.

Wenn die Leute wüssten, was ich in Sachen Agrar weiß, würde niemand mehr die ÖVP wählen“, sagte Andreas Brugger, Abgeordneter des Bürgerforums/Liste Fritz im Rahmen des Sonderlandtags. Spätestens seit dem 21. Februar 2013 können die Tirolerinnen und Tiroler nachvollziehen, was Brugger meint und warum er zu diesem Schluss kommt. Im Rahmen des Sonderlandtags zur Rückübertragung des Gemeindeguts an die Gemeinden hätten die Abgeordneten der Tiroler ÖVP die Chance gehabt, Geschichte zu schreiben und ein neues Kapitel ihrer eigenen Geschichte zu beginnen. Ein freies Kapitel – geschrieben ohne die Zwangsjacke des Bauernbundes und ohne die Handschellen des Klubzwangs.

Die 16 Abgeordneten hätten an diesem denkwürdigen Donnerstag beweisen können, dass sie die Tragweite des Unrechts erkannt und die Verfassungswidrigkeit der flächendeckenden Gemeindeenteignungen begriffen haben. Die 16 Abgeordneten der Tiroler ÖVP hätten beweisen können, dass sie sich der Mehrheit der Bevölkerung verpflichtet

fühlen und die rechtlose Bereicherung der bäuerlichen Minderheit am öffentlichen Vermögen verurteilen. Die 16 Abgeordneten hätten beweisen können, dass sie ihre Verantwortung für das Land so ernst nehmen wie die wichtigste Aufgabe des Landtags an sich, die darin besteht, Gesetze zu erlassen. Mit ihrer Zustimmung zum Rückübertragungsgesetz hätten sie am 21. Februar 2013 den Agrargemeinschaftsstreit beenden können.

Die Auseinandersetzung zwischen den Gemeinden und den Agrargemeinschaften hält das Land seit Jahren in Atem, spaltet Gemeinden, lässt Bürgermeister verzweifeln und führt sogar dazu, dass Gemeinderäte Angst haben, in der Nacht durch ihren Heimatort zu gehen – nur, weil sie sich dafür einsetzen, dass dem Recht Genüge getan wird. Trotzdem zigfach erkannt und bestätigt wurde, dass die Agrargemeinschaften verfassungswidrig über das Gemeindegut verfügten, trotzdem bekannt ist, wie Mitglieder sich teils in unverschämter Art am öffentlichen Vermögen bereicherten und obwohl in den Jahren seit 2008 klar wurde, dass die betrogene Mehrheit

weiterhin betrogen wird, stellten sich die 16 Abgeordneten der Tiroler ÖVP nicht hinter die Opfer. Sie stellten sich hinter die Täter.

„Ich kann es nicht begreifen, dass ihr so ein Abstimmungsverhalten an den Tag legt. Ja seid’s ihr noch zu retten“, sagte Andreas Brugger zu den 16 VP-Abgeordneten. Georg Willi, Landwirtschaftssprecher der Tiroler Grünen, sagte: „So kann es nicht weitergehen. Hinter der Gemeindeguts-Frage steht zutiefst die Frage des Gemeinwohls. Verhindern Sie nicht, dass eine Mehrheit im Landtag das Gesetz beschließt.“ Hans-Peter Bock, Klubobmann der Tiroler SPÖ, sagte: „Wenn jemandem etwas weggenommen wurde, dann gehört es wieder zurückgegeben. Die Rückübertragung ist gerecht und unbedingt notwendig.“ Gerald Hauser, Chef der Tiroler FPÖ, sagte: „Was ich nicht verstehe – wieso verteidigt man hier Eigentum, das widerrechtlich in Richtung Agrargemeinschaften verschoben wurde.“ Und der freie Abgeordnete Walter Gatt stellte fest, dass er es für verwegen halte, dass die VP-Minderheit im Landtag verhindert (20 Stimmen von Opposition und SPÖ gegen 16 Stimmen der ÖVP), dass die Mehrheit das Gesetz beschließt.

Das Demokratieverständnis wurde am 21. Februar im Tiroler Landtag über Gebühr strapaziert, auf die Folter gespannt und geprügelt. 20 Abgeordnete setzten sich dafür ein, dass ein einfaches, auch Laien leicht verständliches, in seinen Erläuterungen auf alle relevanten höchstgerichtlichen Erkenntnisse und rechtliche Grundlagen verweisendes Gesetz beschlossen wird. Ein Gesetz, das nicht nur den Gemeinden, sondern auch den Agrargemeinschaften Rechtssicherheit bringen würde und Tirol an so vielen Fronten beruhigen würde. Dass sich diese Abgeordneten aus allen oppositionellen Lagern sowie aus den Abgeordneten der Tiroler SPÖ zusammensetzten, machte deutlich, dass die Agrargemein-



Liste-Fritz-Abgeordneter Andreas Brugger (Mitte): „Seid’s ihr noch zu retten?“

Tendenziös

„Was tun, wenn der Bürgermeister uns blockiert?“ wird sicher einer der spannendsten Beiträge im seit Oktober 2012 angekündigten Agrarier-Magazin.

N och scheint sie nicht aus dem Stadium der Ankündigung heraus gekommen zu sein, doch darf die Zeitschrift mit Spannung erwartet werden. Seit Oktober 2012 schwebt das Magazin „Gemeindegut“ wie ein Damoklesschwert im Tiroler Blätterhimmel. Seither hat sich zwar auch die Homepage des Magazins www.gemeindegut.at nicht verändert und ein erster Erscheinungstermin wurde auch noch nicht angekündigt, doch verspricht die Postille viel versprechend zu werden. Und erheiternd. Das Magazin nennt sich „Unabhängiges Magazin für Tiroler Entscheidungsträger“ und Abonnenten, die sich dafür entschließen, pro Halbjahr 27,50 Euro dafür auszugeben, sollten sich darüber im Klaren sein, dass das Blatt erst nach 24 Monaten bzw. zwei Jahren gekündigt werden kann. In dieser Knebel-Zeit dürfen sich die Abonnenten – 500 Entscheidungsträger des Landes sollen mit dem paperen Gemeindegut gratis beglückt werden – darüber im Klaren werden, wie die Eigendefinition „unabhängig“ mit der zusätzlichen Eigendefinition „Hybridmedium mit Tendenz“ in Einklang gebracht wird. „Gemeindegut“, so heißt es auf der Homepage, „ist einer Tendenz verpflichtet. Einer Tendenz, wonach die Tiroler Kulturlandschaft nicht von den Gemeinden erhalten wird, sondern von den Besitzern von Grund und Boden; der Tendenz, dass Privateigentum nicht über Nacht in staatliche Hände fällt, sondern nach Erbrechtsregeln weitergegeben wird.“

Derart viel Offenheit ist nur dann erstaunlich, wenn Unabhängigkeit nach sonst üblichen Regeln erwartet oder wenn außer Acht gelassen wird, für wen dieses leider noch nicht greifbare Hochglanz-Magazin gedacht ist. Für Agrargemeinschaftsmitglieder. Logisch. Die Agrargemeinschaften haben sich seit Beginn ihres Kampfes gegen die Gemeinden, die Verfassung und allem, was dem Rechtsstaat heilig ist, für manch' Clevere als Super-Melkkuh des Landes herauskristallisiert. Eine herrliche Kuh ist das. Auch, weil die Agrarge-

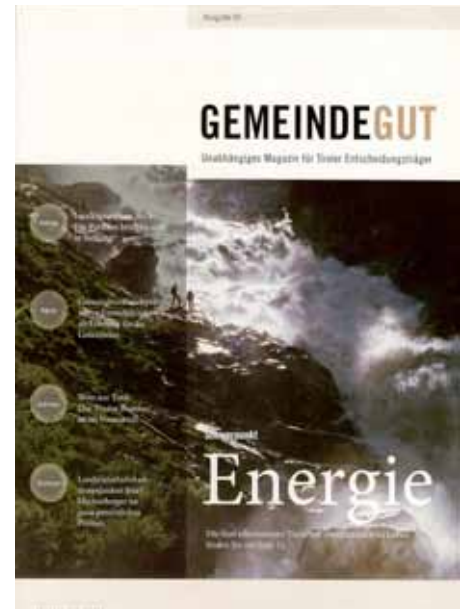
schaftsfrage ein Thema ist, bei dem politische Ideologien und Richtungen keinen Platz haben dürfen, schlicht weil die Realitäten dieses Unrechts so erdrückend sind. So erdrückend wie aktuell. Diesen 20 Abgeordneten saßen die 16 Abgeordneten der Tiroler ÖVP gegenüber, bei denen die politische Ideologie weit schwerer wog, als alles andere.

Dass die VP-Abgeordneten Andreas Köll und Jakob Wolf in ihren Verteidigungsreden erwähnten, dass es Unrecht war, was damals passierte, war ein absurder kleiner Lichtblick angesichts des blinden Gehorsams, den die „strammen 16“ gegenüber Bauernklubobmann Josef Geisler bewiesen. Im Namen der Tiroler ÖVP gab der designierte Bauernbundobmann den Ton an und die Richtung vor. Fast hätte sich Geisler dabei selbst ein Bein gestellt. Er brachte seinerseits einen Dringlichkeitsantrag auf Prüfung des Rückübertragungsgesetzes durch den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts ein. Die Grünen reagierten darauf, indem sie das Rückübertragungsgesetz in Form eines Abänderungsantrags einbrachten, den eine einfache Mehrheit im Landtag beschließen hätte können. Aus dieser Situation konnte sich die ÖVP nur durch einen hochnotpeinlichen Schachzug retten. Geisler zog seinen Antrag zurück und ebnete seinen Abgeordneten damit den Weg, neuerlich vor den Bauern zu duckmäusern, die Mehrheit vor den Kopf zu stoßen und ihre Glaubwürdigkeit einem Unrechtssystem zu opfern, das Tirol nach wie vor in der Zange hält. Die 16 Abgeordneten der ÖVP stimmten gegen den Dringlichkeitsantrag, womit das Gesetz weder debattiert noch beschlossen werden konnte und die Causa prima weiter auf die lange Bank geschoben wurde. Bekenntnis von Seiten des ÖVP-Klubs gab es an diesem Tag nur eines: gegen eine einfache und gerechte Lösung zu stimmen.

Alexandra Keller



Landeshauptmann-Stellvertreter Anton Steixner: Nur ein einfacher Bauer?



Hybridmedium mit Tendenz: „Was tun, wenn der Bürgermeister uns blockiert?“

meinschaften nach wie vor unbehelligt und teils herrlich ungeniert in die Gemeindekasse greifen und mit Geld, das ihnen nicht gehört, großzügig sein dürfen. Wie auch immer die mutmaßlichen Abonnenten des Magazin sich selbiges finanzieren – sie dürfen erwarten, allein mit den ihnen genehmen Wahrheiten konfrontiert zu werden.

Im Werbefolder zum Magazin, dem ein Abonnementbestellungs-Blättchen beige-fügt ist, wird diesbezüglich wahrlich unabhängige Tendenz bzw. tendenziös Unabhängiges angekündigt. Eingebettet in Themen, zwischen denen sonst bauernbuntnahe Propaganda betrieben wird und die von der Bergartischocke in Bruneck, dem in Tirol angebauten Wein über Hüttengaudi hin zum Almatrieb reichen, soll in der ersten Ausgabe mit Ernst Schöpf ein agrarischer Erzfeind („Gemeindegut recherchierte wie aus einem Seilbahn- und Gemeindelobbyisten ein politischer Hoffnungsträger werden konnte“) und mit Landwirtschaftskammer-Präsident Josef Hechenberger ein agrarischer Erzfreund porträtiert werden. Auch Anton Steixner darf ein Interview geben, doch ganz besonders entlarvend ist die Frage, welche Agrar-Anwalt Bernd Oberhofer im Magazin beantworten wird. „Was tun, wenn der Bürgermeister uns blockiert?“ Bergartischocken aus Bruneck essen? Fünf Liter Wein aus Tirol trinken? Oder eher doch Anwalt Oberhofer damit beauftragen, bis zum jüngsten Gericht die Höchstgerichte mit dem Thema zu plagen? Mal sehen.

Alexandra Keller